

Brauchen wir einen neuen Verfassungsschutz?



PI muss sich keine Gedanken machen. Auch Seyran Ates, Necla Kelek usw. wurde bereits von gewissen „Journalisten“ Rechtsextremismus vorgeworfen – Seyran Ates sogar ernsthaft eine Nähe zur NPD.

(Von Arent)

Islamophob waren bekanntermaßen die Studentinnen im Iran 1970, denen der Schleier buchstäblich auf den Kopf genagelt wurde. Es würde mich – gelinde gesagt – anekeln in den Zeitungen dieser Journalisten zu schreiben oder gar persönlich mit ihnen zu tun zu haben. Verfassungsfeindlich sind hier wohl eher diejenigen Journalisten und Verfassungsschützer, die tagtäglich hart an der – 0-Ton Alice Schwarzer – „Großen Verschleierung“ arbeiten – hart daran arbeiten, unsere Verfassung ein Stück mehr abzuschaffen.

Wann immer ein Verfassungsschützer von weniger objektiven Medien wie Dumont oder Neues Deutschland zitiert wird – oder gar ein Interview gibt – offenbart sich google als eine Schatztruhe. Denn solche Interviewpartner werden nicht zufällig ausgewählt – es ist genauso wenig Zufall, dass Manfred Murck vom Hamburger Vfs das Interview gibt, wie es kein Zufall ist, dass der bayrische Verfassungsschutz Imam Idriz wegen seinen Telefonaten mit Milli Görüs-Funktionär Ibrahim El Zayat überwacht. Genauso wenig wie es Zufall ist, dass es – glücklicherweise – nicht nur nach der Meinung

Manfred Murcks geht, der offenbar genauso gerne wie Dumont die gesamte islamkritische Bewegung überwachen würde.

Doch das Internet vergisst nie. Auch bei Verfassungsschützern nicht.

So fühlte sich Manfred Murck 2002 durch die Anschläge des 11. Septembers – deren Planung von Hamburg ausging – in seiner Weltsicht offenbar massiv gestört. Er traf dann auch etwas überhastet Aussagen, die auf wenig Gegenliebe – sogar in der SPD – stießen:

In einem Bericht der WELT am Sonntag sagt der Vizeamtschef des Verfassungsschutzes Hamburg Manfred Murck, die Szene [der Islamisten in Hamburg] sei so verunsichert, dass er sich die Abwanderung in andere Staaten vorstellen könne.

Wie der Vfs die Szene so erfolgreich „verunsichern“ konnte, ist nicht bekannt. Der innenpolitische Sprecher der SPD, Michael Neumann, reagierte überrascht:

„Wir stehen hier vor einer großen Herausforderung und werden langfristig mit diesem Problem zu tun haben. [...] In Hamburg hapert es bei der Umsetzung, weil man sich im Senat nicht einig ist.“

Am interessantesten – neben der Aussage des SPD-Sprechers, ist dabei die Kritik von Dieter Schöneck von der Gewerkschaft der Polizei:

„[...] dass er [Manfred Murck] mit seiner Einschätzung ein bisschen neben der realen Welt liegt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir weitere islamistische Zellen, die sich möglicherweise hier gebildet haben, so verunsichert haben, dass die Mitglieder auswandern.“

Ein Verfassungsschützer, der – ein Jahr nach den Anschlägen des

11. Septembers – „ein bisschen neben der realen Welt liegt“? Und dieser „Verfassungsschützer“ fordert im Jahre 2012 eine pauschale Überwachung von Islamkritikern? Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Wenig später sah sich Murck dann auch dazu gezwungen, seine Aussagen zu relativieren:

Manfred Murck selbst hat den Bericht vom Sonntag relativiert. Es gebe eine Verunsicherung der Szene. Die Bedrohung sei aber lange nicht vorbei.

Zu einem wirklichen Umdenken ist es aber bei dem phantasievollen Verfassungsschützer Murck offenbar nicht gekommen. Im Abendblatt sagte Murck auf die Frage, welche Extremisten am gefährlichsten seien – Linke, Rechte oder Islamisten:

„Eine eindeutige Gewichtung macht wenig Sinn. [...] Man muss grundsätzlich jederzeit damit rechnen, dass Rechte Ausländer angreifen. Ebenso, dass Linke bei oder nach Demonstrationen gewalttätig werden. Die Wahrscheinlichkeit eines islamistischen Terror-Anschlags ist zwar viel geringer. Er würde allerdings ungleich mehr Opfer fordern.“

Es ist seltsam, wieso Murck – obwohl er selbst die mehrfachen islamistischen Terroranschläge und Opferzahlen in Europa erwähnt – sich außerstande sieht, zu einer eindeutigen Gewichtung der Gefährlichkeit zu gelangen. Die vergleichsweise höhere Frequenz links- oder rechtsextremer Gewalt ergibt sich schlicht und ergreifend aus dem Bevölkerungsanteil.

Die Antwort auf die Frage, was getan werden kann, um ein Ausbreiten der Islamisten zu verhindern, verweigert er völlig:

„Man darf im Umgang mit dem IZH nicht naiv sein, darauf weisen wir seit Jahren hin. Dort geht es nicht nur um Religionsausübung, sondern um Propagierung der islamischen Revolution in der Tradition von Khomeini und Khamenei. Alles

um einen Gottesstaat nach iranischem Muster. Hier wird Religion im Dienste der Macht betrieben.“

Das war zwar nicht die Frage gewesen, aber schön, dass Murck wenigstens zugibt, dass in Hamburg Menschen an einer Errichtung eines verfassungsfeindlichen Gottesstaates arbeiten. Nach seiner früheren Auffassung müssten diese ja bereits alle ausgewandert sein.

In einem Interview mit der WELT geht es ihm anscheinend vor allem darum, das Versagen seiner Behörde zum 11. September zu verteidigen:

Die Welt: Im Nachhinein ist manches richtig gestellt worden. Fühlen Sie sich rehabilitiert?

Manfred Murck: Wir können ja nicht abstreiten, dass ein Teil der Verantwortung bei uns lag. Hamburg war eine Phase des gesamten Radikalisierungs- und Planungsprozesses. Aber längst ist klar, dass die Pläne für die Anschläge des 11. September nicht in Hamburg entstanden sind. Als Mohammed Atta und seine Weggefährten 1999 nach Afghanistan flogen, hatten sie mitnichten vor, mit Flugzeugen die USA anzugreifen. Sondern in Hamburg hatte sich eine Gruppe von mehr oder weniger radikalen Islamisten gefunden, die entschlossen war, gegen die Knechtung der Muslime, wie sie sie sahen, zu kämpfen und sich dafür in Afghanistan ertüchtigen wollte.

Nun, an dieser Stelle sollte ich einmal danach suchen, ob Manfred Murck für die NSU bzw. deren „Knechtung, wie sie sie sahen“ und deren „Ertüchtigung“ auch so viel Verständnis entgegenbringt wie für Islamisten. In einem gleichen sich allerdings beide Fälle – sowohl beim 11. September als auch bei der NSU hat der Vfs vollständig versagt.

Den Vogel schoss Manfred Murck aber buchstäblich mit einer Aussage zu einem Aufmarsch von Pierre Vogel ab:

„Wir sehen mit Besorgnis, dass Pierre Vogel öffentlich für den radikalen Islamismus wirbt und damit auch Gegenproteste provoziert.“

Offenbar ist es für Manfred Murck eher ein Problem, dass öffentlich für radikalen Islamismus geworben wird und Gegenproteste provoziert werden. Würde er „nichtöffentlich“ stattfinden, wäre dem Verfassungsschützer Murck anscheinend wohler zumute. Und für ihn ist offenbar auch weniger der radikale Islamismus das Problem, sondern vielmehr die Gegenproteste. Wieso Herr Murck hier die Gegenproteste überhaupt erwähnt, ist reichlich seltsam. Eigentlich müsste Herr Murck in der ersten Reihe dieser Gegenproteste stehen! Vielmehr scheint ihm aber Angst zu machen, dass eine öffentliche Werbung für radikalen Islamismus das Versagen seiner Behörde öffentlich machen könnte – und den Islamkritikern zu Recht ein weiteres Argument in die Hände gibt, Demonstrationen abzuhalten. Und ja – auch Kritik an Journalisten wie Steven Geyer und Verfassungsschützern wie Manfred Murck zu üben. Denn ob Verfassungsfeindlichkeit in religiöser Form durch Hassprediger oder in fahrlässiger Form durch Eitelkeiten oder parteipolitischen Querelen von Journalisten oder auch Verfassungsschützern daherkommt, ist im Endeffekt ziemlich egal für Europa.

Es ist egal, ob Parallelgesellschaften, Rassismus, Ehrenmorde oder die Kairoer Erklärung der Menschenrechte in Zeitungen verharmlost werden. Oder aber Verfassungsschützer ihre Aufgabe zuallererst darin sehen, persönliche Überzeugungen durchzusetzen, und schlicht inkompetent sind und Hassprediger schleichend eine alternative Gesetzgebung installieren können. Alle diese Leute arbeiten direkt oder indirekt tagtäglich hart daran, unsere Verfassung ein Stück weit mehr abzuschaffen. Man muss die Frage stellen, ob wir nicht einen kompetenteren Vfs – oder zumindest einen Vfs mit kompetenteren Leuten – brauchen. Damit die Aufklärung und der Westen nicht gleich mit abgeschafft werden.

„Wirtschaftswunder und Eurokrise“ – eine Replik

Der Gastbeitrag „Wirtschaftswunder und Eurokrise – die Ursachen“ von Christian S. versprach eine Analyse zur Eurokrise. Da bei einem politisch inkorrekten Blog erschienen, erwartete ich Gedankengänge abseits des Spiegel/ZEIT/Süddeutsche-Einheitsbreis. Als Einleitung wird dem Leser suggeriert, der Anstieg der Arbeitslosigkeit zwischen 1973 und '85 sei durch den Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems hervorgerufen. Der unachtsame Leser mag dem Schreiber recht geben, da ja zwischen '73 und '85 die Arbeitslosigkeit unbestritten stark anstieg. Etwas sorgfältigeres Nachdenken wirft die Frage auf, warum zwischen 1975 und 1980 die Arbeitslosigkeit wieder sank. Wurde hier etwa das Bretton-Woods-System wiederbelebt?

(Ein politisch korrekter Beitrag von Simplicius)

Davon ausgehend wird die Wirtschaftskrise der 70er auf aktuelle Probleme übertragen: Deutschland habe sich auf dem System der festen Wechselkurse einen „relativen Wettbewerbsvorteil“ erkaufte (warum eigentlich „relativ“? Gibt es auch nicht-relative Wettbewerbsvorteile?). Zwischen den Zeilen ist hier der Vorwurf „unfair“ erkennbar. Deutschland hat sich einen Wettbewerbsvorteil „erschwindelt“.

Belegt wird dies mit zwei Kurven, in denen die niedrigeren Lohnstückkosten und die anstieigende Leistungsbilanz Deutschlands korrelieren. Ohne diese Korrelation in irgendeiner Weise zu belegen, also einen kausalen Zusammenhang herzustellen, werden dem schläfrigen Leser (der Artikel erschien recht spät abends) vermeintliche Lösungen suggeriert.

Aber stimmt die Hypothese denn, daß Deutschland an dem Elend der PI(I)GS Schuld trägt? Das läßt sich leicht prüfen: Wenn Deutschland (und nur um Deutschland geht es) „unfair“ seine Löhne reduziert hat, dann sollten sich die Leistungsbilanzen gegenüber allen anderen EU-Ländern ändern. Das ist aber gerade nicht der Fall! Das Statistische Bundesamt verrät, daß sich der Import zum Beispiel in die Niederlande und nach Österreich nur marginal geändert hat. Entweder haben also auch die Niederlande und Österreich „ihre Arbeitskraft abgewertet“, oder die Hypothese kann nicht stimmen.

Unbestrittermaßen sind Produkte aus Ländern wie Griechenland, Italien, Spanien und Portugal seit 1995 teurer geworden. Aus diesen Ländern hat die deutsche Industrie im wesentlichen arbeitsintensive, aber einfache Vorprodukte bezogen (Feta-Käse und Oliven spielen keine bedeutende Rolle). Damit standen und stehen diese Länder aber in Konkurrenz zu den neuen EU-Ländern (Seiten 18 und 28 der oben erwähnten Broschüre), vor allem Polen und Tschechien, aber eben auch China. Damit erklärt sich das aktuelle Elend der PIGS-Staaten (Irland setzt sich aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur weniger dem direkten Wettbewerb mit China aus). Nicht deutsches „Lohn-Dumping“, sondern günstigere Preise (sprich: Wettbewerb) mit Polen, Tschechien und China (im letzteren Fall seit einigen Jahren durchaus auch indirektes Lohn-Dumping – ich wünsche P, I, G, und S bei ihren Beschwerden in Peking viel Glück).

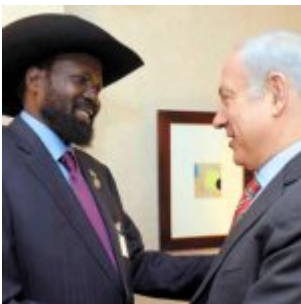
Zusätzlich sei hier noch bemerkt, daß Deutschland das Problem des direkten Wettbewerbs mit China seit Anfang der 90er erfahren mußte – damals stand in oben erwähnten Zeitungen und Zeitschriften, daß es in Deutschland bald gar keine Industrie mehr geben würde.

Mit besonderer Freude haben mich aber die Forderungen des Autors zur Abhilfe der griechischen Wettbewerbsprobleme erfüllt: Wir lassen unsere Wirtschaft überwachen (von Italien?), gegebenenfalls auch „drosseln“ und steigern unseren „Konsum“. Mehr Geld wäre natürlich erfreulich (falls Inflation

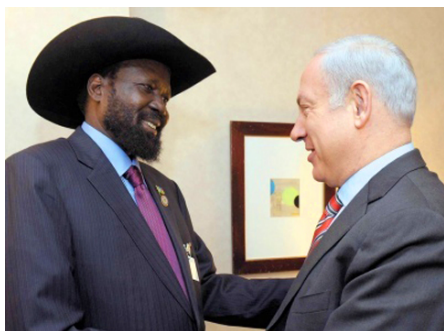
und Steuern nicht stärker steigten). Da ich nun aber aus Sorge um mein Körpergewicht (und das meiner Leber) nicht wesentlich mehr Oliven, Feta- und Parmesankäse sowie Rotwein konsumieren kann, würde ich die zusätzlichen Euronen eher in Elektronikzeugnisse investieren. Entworfen in Japan und den USA und hergestellt in Taiwan, Südkorea, Japan und China. Nix mit Südeuropa. Das ist der Ärger mit Bürgern und Konsum. Sie geben ihr Geld einfach nicht dafür aus, was Politiker für sinnvoll halten.

Der Empfehlung des Autors, „mal in Gedanken durchzuspielen, was passiert, wenn Italien bankrott geht“, stelle ich gegenüber, mal durchzuspielen, was passiert, wenn Italien nicht bankrott geht. Probleme, die man nicht anpackt, verschwinden nicht von allein, sondern werden in der Regel größer. Dieses Problem im speziellen wächst exponentiell (youtube.com, ab Minute 1:05). Glaubt der Autor, Deutschland (also wir!) wären in der Lage, unsere eigenen Schulden abzustottern, bevor uns das exponentielle Wachstum verschlingt?

Es ist allerdings höchst erfreulich, auf einem Blog für politisch inkorrekte Beiträge auch einmal einen höchst korrekten Beitrag – also in gewisser Weise inkorrekt inkorrekt – zu lesen.



Der Südsudan – Israels neuer Verbündeter



In diesen Tagen, wo der Antisemitismus und der Israelhass weltweit stark zunimmt, gibt es auch durchaus positive News rund um das Heilige Land. Der frisch gegründete Staat Südsudan, dessen Präsident Salva Kiir Mayardit (*Foto l. mit Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu*) bekennender Christ ist, unterhält sehr freundschaftliche Beziehungen mit Israel. Möglicherweise werden die Südsudanesen sogar eine Botschaft in der Hauptstadt Jerusalem einrichten. Lesen Sie dazu einen Bericht auf danielpipes.org.

Die mit dem Wulff tanzt ...

☒ ... hat sich bis jetzt noch nicht geäußert. So kennen wir sie, unsere Mutti, jung, dynamisch und erfolglos. Und natürlich überaus entscheidungsfreudig. Warum schon wieder Wulff? Er hat in seinem Interview mit ARD und ZDF vor elf Millionen Zuschauern gesagt, sein Anruf hätte nur einen einzigen Sinn gehabt, nämlich die Veröffentlichung zu verschieben und nicht zu verhindern.

(Von felixhenn)

Und zwischen den Zeilen, er habe mitnichten ein gestörtes Verhältnis zur Pressefreiheit, da diese doch ein höchstes Gut sei. Allerdings soll er schon vorher versucht haben, Berichte zu unterdrücken, was seinem Ex-Berater und Karriereschmied Olaf Glaeseker ja wohl auch gelang.

Was ist jetzt aber mit Bundeskanzlerin Merkel? Sie hält sich immer noch bedeckt. Wer aber diese machtbewusste Frau schon länger beobachtet, weiß, dass im Kanzleramt wohl die Telefondrähte glühen, um eine für Merkel brauchbare Nachfolge zu finden. PI hat schon einige Vorschläge unterbreitet, die aber wohl von ihr aus verschiedenen Gründen nicht angenommen werden. Hauptgrund ist wohl, nicht pflegeleicht genug, zumindest wenn es sich um Personen wie Gauck, Sarrazin oder auch Stoiber handelt. Schade, das FJS nicht mehr zur Verfügung steht.

Dass es langsam einsam wird um unseren Bundespräsidenten, sieht man auch an den Kommentaren der Opposition. Herr Gabriel hat sich wohl mit seiner vorherigen vorschnellen Unterstützung keinen großen Gefallen getan, andere waren da vorsichtiger. Zumal Wulff zuerst volle Transparenz versprochen hat, elf Millionen ARD / ZDF Zuschauer sind Zeugen, und sich jetzt dagegen wehrt, dass das Aufnahmeprotokoll mit der AB-Nachricht, die er Bild-Chefredakteur Kai Diekmann hinterlassen hat, veröffentlicht wird.

Nun bleibt natürlich wieder Raum für alle möglichen Spekulationen: Hat Wulff massiv gedroht und wollte die Veröffentlichung verhindern und damit die ARD / ZDF Zuschauer belogen? Hat Diekmann gelogen, als er sagte, Wulff hat mit Krieg gedroht? Oder war da vielleicht ein ganz anderes Thema im Spiel, etwa eins, das Frau Wulff betrifft?

Ob die, die mit dem Wulff tanzt, noch ein weiteres Tänzchen wagen will, darf jedenfalls stark bezweifelt werden.

Appell an die Presse: Aufklären über den Islam!



Nachdem sich gestern eine regelrechte Artikelflut über PI und seine vermeintliche „Hetze“ gegen den Islam ergossen hat, schickte Michael Stürzenberger heute eine Mitteilung an die deutsche Presse mit der erneuten Aufforderung, sich an einer Informations- und Aufklärungskampagne über den Islam und insbesondere auch über den Propheten Mohammed zu beteiligen.

Es muss endlich aufhören, dass immer und immer wieder auf den Überbringer der schlechten Botschaft eingedroschen wird, und die Botschaft selbst zu ignorieren. PI wird nicht nachlassen, die deutsche Presselandschaft immer wieder auf ihre sträflichen Versäumnisse hinzuweisen.

Sehr geehrte Medienvertreter,

in den vergangenen Tagen hat der Dumont-Verlag Artikel veröffentlicht, in denen Deutschlands größtem Internet-Politblog „Politically Incorrect“ (PI) Hetze gegen den Islam vorgeworfen wird.

PI geht es aber vielmehr darum, über die gefährlichen Bestandteile in der Ideologie des Islams aufzuklären. Um dazu beizutragen, dass diese Religion endlich von ihren

weltanschaulich-politischen und rechtlichen Elementen entkernt wird, die der Demokratie konträr entgegenstehen. Der dem Islam innewohnende totalitäre Machtanspruch sowie die Gewalt- und Tötungslegitimation können in einer demokratischen und freien Gesellschaft keinen Platz haben.

Die Aufmerksamkeit bei der Aufklärung muss sich insbesondere auch auf die Person des Propheten Mohammed richten, auf den der gesamte Koran zurückzuführen ist. Er gilt im Islam als der vollkommene Mensch und das perfekte Vorbild für alle Muslime. Es besteht ein immens großer Nachholbedarf, über das Wirken, das Handeln und die Befehle dieses Propheten zu informieren.

Seit dem 11.9.2001 wird aber eine beispiellose Desinformationskampagne nach dem Motto „Islam bedeutet Frieden“ und „Gewalt hat nichts mit dem Islam zu tun“ gefahren, um eine Zuspitzung des Konfliktes, den „Clash of civilization“ zu verhindern.

Vertuschen, Beschönigen und Appeasement waren in der Geschichte aber noch nie zielführend, im Gegenteil. Wir müssen tabulos aufklären.

Nicht zuletzt werden durch eine dringend notwendige Entschärfung des Islams auch die Muslime von den Fesseln dieser bis dato in weiten Teilen menschenrechtsfeindlichen Ideologie befreit.

PI appelliert daher an alle Medienvertreter, sich an der Aufklärung und der tabulosen Information über den Islam zu beteiligen.

Hier der Link zu dem gestern bei PI veröffentlichten Artikel „Aufklärer sind keine Hetzer“.

Mit freundlichen Grüßen,

Michael Stürzenberger
Autor bei PI

Zwangsehe: 11-Jährige in Istanbul geschwängert

Das Nachrichtenmagazin Focus könnte jetzt ins Visier des Verfassungsschutzes geraten. Wenn auch beinahe nur als Kurzmeldung, veröffentlichte das Portal einen Bericht, der doch eigentlich nicht veröffentlicht werden darf und in die „Nazi-Ecke“ gehört. Ein 25-jähriger Türke schwängert in Istanbul seine 11-jährige „Ehefrau“. Das Mädchen musste wegen Übelkeit in das Krankenhaus eingeliefert werden. Dort wurde die Schwangerschaft festgestellt. Der Vater bestand darauf, das Kind sofort wieder mitzunehmen. Die „Ehe“ wurde übrigens „rechtsgültig“ durch einen Imam vollzogen. Hier gehts zum Focus-Artikel...

Staatsanwältin Wenzel, Bochum: Pro NRW Vorfeldorganisation des rechten Terrors

☒ Im Zusammenhang mit der bundesweiten Neonazi-Hysterie im Gefolge der Zwickauer Dönermörder wurden landauf, landab von politischen Parteien, in Rathäusern und anderen Lokalitäten Resolutionen gegen Rechtsextremismus verfaßt, so auch eine von den Mitgliedern des Integrationsrates und Kreistages

Recklinghausen, in der es hieß: *Mit dumpfen Vorurteilen spielenden Vorfeldorganisationen des rechten Terrors, wie NPD, Pro NRW & Co., darf ebenfalls kein Raum gegeben werden?*

Daraufhin erstattete Rechtsanwalt und Parteimitglied Beisicht bei der Staatsanwaltschaft Bochum Anzeige wegen übler Nachrede. Die Antwort einer Staatsanwältin namens Wenzel mit Datum vom 20.12.11 und Az 33Js239/11 liegt PI vor. Die Staatsanwältin ermittelte nichts und stellt das Verfahren ein. Sie können die Gründe oben in der Abbildung lesen!

Pro NRW ist also eine „**Vorfeldorganisation des rechten Terrors**“, weil man zum Beispiel den Wahlkampfsspruch hatte „Ausbildung statt Zuwanderung“. Ich wiederhole: Nach Meinung dieser Staatsanwältin und NRW-Rote-Socken-Justiz, der jedes Gespür für Gerechtigkeit anscheinend abgeht, ist bereits im Vorfeld des Terrors, wer sagt „Ausbildung statt Zuwanderung“ oder „Begabtenförderung statt Massenzuwanderung“! Wenn das so ist, dann befindet sich die Staatsanwältin Wenzel im Vorfeld des Irrsinns! Wo leben wir denn eigentlich?

Bewunderte der Atheist Nietzsche den Islam?



Zugegeben, die Überschrift ist etwas

reißerisch und stützt sich nicht auf jahrelange Studien, aber es ist immer wieder erstaunlich, wieviele Freunde der Islam seit Jahrhunderten unter den Intellektuellen in Europa hat, derselbe Islam, der uns jahrhundertlang erobern und unterdrücken wollte. Auch Friedrich Nietzsche haßte die eigene Kultur.

In seinem „Antichrist“ lesen wir ab Kapitel 59 das:

Man lese nur irgend einen christlichen Agitator, den heiligen Augustin zum Beispiel, um zu begreifen, um zu riechen, was für unsaubere Gesellen damit obenauf gekommen sind. Man würde sich ganz und gar betrügen, wenn man irgend welchen Mangel an Verstand bei den Führern der christlichen Bewegung voraussetzte: – oh sie sind klug, klug bis zur Heiligkeit, diese Herrn Kirchenväter! Was ihnen abgeht, ist etwas ganz Anderes. Die Natur hat sie vernachlässigt, – sie vergass, ihnen eine bescheidene Mitgift von achtbaren, von anständigen, von reinlichen Instinkten mitzugeben ... Unter uns, es sind nicht einmal Männer ... Wenn der Islam das Christenthum verachtet, so hat er tausend Mal Recht dazu: der Islam hat Männer zur Voraussetzung ...

Das Christenthum hat uns um die Ernte der antiken Cultur gebracht, es hat uns später wieder um die Ernte der Islam-Cultur gebracht. Die wunderbare maurische Cultur-Welt Spaniens, uns im Grunde verwandter, zu Sinn und Geschmack redender als Rom und Griechenland, wurde niedergetreten – ich sage nicht von was für Füßen – warum? weil sie vornehmen, weil sie Männer-Instinkten ihre Entstehung verdankte, weil sie zum Leben Ja sagte auch noch mit den seltenen und raffinirten Kostbarkeiten des maurischen Lebens! ...

Die Kreuzritter bekämpften später Etwas, vor dem sich in den Staub zu legen ihnen besser angestanden hätte, – eine Cultur, gegen die sich selbst unser neunzehntes Jahrhundert sehr arm, sehr „spät“ vorkommen dürfte. – Freilich, sie wollten Beute machen: der Orient war reich ... Man sei doch unbefangen!

Kreuzzüge – die höhere Seeräuberei, weiter nichts! –

Der deutsche Adel, Wikinger-Adel im Grunde, war damit in seinem Elemente: die Kirche wusste nur zu gut, womit man deutschen Adel hat... Der deutsche Adel, immer die „Schweizer“ der Kirche, immer im Dienste aller schlechten Instinkte der Kirche, – aber gut bezahlt ... Dass die Kirche gerade mit Hülfe deutscher Schwerter, deutschen Blutes und Muthes ihren Todfeindschafts-Krieg gegen alles Vornehme auf Erden durchgeführt hat! Es giebt an dieser Stelle eine Menge schmerzlicher Fragen. Der deutsche Adel fehlt beinahe in der Geschichte der höheren Cultur: man erräth den Grund ... Christenthum, Alkohol – die beiden grossen Mittel der Corruption ...

An sich sollte es ja keine Wahl geben, Angesichts von Islam und Christenthum, so wenig als Angesichts eines Arabers und eines Juden. Die Entscheidung ist gegeben, es steht Niemandem frei, hier noch zu wählen. Entweder ist man ein Tschandala oder man ist es nicht ... „Krieg mit Rom auf's Messer! Friede, Freundschaft mit dem Islam“: so empfand, so that jener grosse Freigeist, das Genie unter den deutschen Kaisern, Friedrich der Zweite. Wie? muss ein Deutscher erst Genie, erst Freigeist sein, um anständig zu empfinden? – Ich begreife nicht, wie ein Deutscher je christlich empfinden konnte ...

Gott war für ihn tot, Allah anscheinend nicht. (Die Punkte sind keine Auslassungszeichen, sondern Stilmittel, es wurde nichts ausgelassen.)

USA: Polizei erlaubt Mutter Waffeneinsatz



Eine junge amerikanische Mutter wusste sich und ihr drei Monate altes Baby gegen zwei Einbrecher zu verteidigen. Sarah McKinley (Foto) aus Oklahoma, deren Mann Weihnachten an Lungenkrebs starb, rief die Polizei, als zwei Personen in ihr Haus eindrangen. Die Polizeibeamten gaben der Mutter am Telefon das Recht, sich und ihr Baby selbst zu verteidigen. Daraufhin erschoss die 18-Jährige einen der Verbrecher.

Video:

In Deutschland würde die junge Mutter jetzt vermutlich vor Gericht gezerrt werden und der überlebende Ganove könnte Schmerzensgeld beantragen.

Mehr zu dem Fall auf theblaze.com.

Schlägt Zypern die türkische

EU-Tür endlich zu?

✘ Gerade eben hat Dänemark die EU-Ratspräsidentschaft für ein halbes Jahr übernommen, am 1. Juni dieses Jahres folgt Zypern – das griechische Zypern, die Südhälfte der Insel, nachdem die Türkei die Nordhälfte 1974 überfallen hat und bis heute widerrechtlich besetzt hält. Diese Präsidentschaft ist für die Türkei eine Provokation, und es geht auch um Gas.

Zypern gehört zu den EU-Pleitekandidaten, es hat aber gerade einen Milliardenkredit von Russland gekriegt. Warum? Hilfe unter Orthodoxen? Weniger. Man hat auch Gasfelder entdeckt – riesige! Und da will der Aggressor und Eroberer Türkei nun die Grenzen selbstherrlich ziehen und bestimmen, wer wieviel abkriegt!

Der Streit wird gigantisch sein. Dazu kommt, daß in Zypern nächstes Jahr gewählt wird, und im Wahlkampf kann kein Kandidat den Türken Ölfelder verschenken. Es sieht also gut aus, der Konflikt wird sich verstärken und solange sich das nicht ändert, hat die Türkei keine Chance für einen EU-Beitritt.

Das ist in Ankara bekannt, und derzeit wird dort die Strategie diskutiert, wie es jetzt weitergehen soll. Sollen Nordzypern und die Türkei wieder lieb sein mit den Griechen im Süden oder sollen sie eine brutalen Streit durchziehen, um die EU zu erschrecken. Man ist sich nicht sicher, welcher Weg der bessere ist, die Türken überlegen hin und her. *Remarry or divorce*, fragt die Hürriyet und weiß auch keine Antwort. PI ist für Scheidung, aus dem einfachen Grund, weil wir keine zehn bis 15 Millionen weitere arme Türken in Deutschland haben möchten. Die Chancen stehen dieses Jahr gut, daß Zypern den EU-Beitritt der Türkei empfindlich stoppt. Siehe auch: Gottseidank gibt es noch Zypern!

Lieber Herr Verfassungsschützer Murck,



aus Ihrem Interview mit der Frankfurter Rundschau konnte ich erfahren, dass derzeit an einer „systematischen Überprüfung“ der islamkritischen Szene und unter anderem PI gearbeitet wird. Grund dafür sollen rechtsextreme Tendenzen und Islamhass sein. Als langjähriger PI-Leser und gelegentlicher Gastautor möchte ich dazu bemerken, dass mir persönlich weder ein rechtsextremer Artikel noch ein Artikel mit Islamhass aufgefallen sind.

Dazu muss man natürlich zuerst definieren, was man unter „rechtsextrem“ versteht. Wenn „rechtsextrem“ schon derjenige bezeichnet wird, der sich weigert, Steine auf Polizisten zu werfen und Steinewerfen auf Personen auch sonst nicht gut findet, dann möchte ich mich gleich hier auch als „rechtsextrem“ outen. Oder was wird unter Islamhass verstanden? Bin ich Islamhasser, weil es mir Unbehagen beschert, wenn ich in einer „spontanen Demonstration“ von Hass verzerrte Gesichter im Fernsehen sehen muss, die mir Furcht einjagen und höre, dass diese Demo von ein paar Karikaturen ausgelöst wurden, die schon monatelang bekannt waren? Oder bin ich Islamhasser, weil es mir Unbehagen bereitet, dass immer nur über Forderungen der verschiedenen Moslem-Verbände

gesprachen wird, aber niemals darüber, was Einwanderer aus dem moslemischen Raum leisten sollten, um mit unserer Gesellschaft kompatibel zu sein? Bin ich Islamhasser, weil ich glaube, dass Moslems bei uns keine Parallelgesellschaften bilden sollten? Bin ich Islamhasser, weil es mich stört, dass in Ägypten koptische Christen im Namen der Islam ermordet werden und die Behörden dort nichts dagegen unternehmen? Bin ich Islamhasser, weil ich nicht damit einverstanden bin, wenn ein führender Moslem in Deutschland behauptet, die Morde an den Christen in Nigeria durch die Moslems hätten nichts mit dem Islam zu tun? Sollte mich übrigens persönlich jemals jemand als „Islamhasser“ bezeichnen, wie in diesem Artikel geschehen, ich würde diese Person wegen Verleumdung anzeigen. Laut unserem Rechtssystem muss so eine Aussage mit Beweisen belegt werden. Beweise, die man hier auf PI nicht finden wird, weil es sie nicht gibt.

Lieber Herr Verfassungsschützer Murck, vielleicht gibt es mal den einen oder anderen Kommentar hier, der über das Ziel hinausschießt. Den gibt es aber in den Online-Leserforen der wichtigsten deutschen Zeitungen weit häufiger. Auch habe ich hier noch keine, wie immer geartete, Nähe zur NPD oder sonstigen wirklich rechtsextremen Parteien ausmachen können, sonst wäre ich schon längst weg. Um was es auf diesem Blog geht, ist ausschließlich das Grundgesetz und dessen Erhaltung für unser Land und unsere Gesellschaft. Das wird immer deutlicher, je länger man auf diesem Blog liest. Auch Ihnen, lieber Herr Murck, wird das eines Tages auffallen.

Natürlich gehe ich davon aus, dass mehr als eine Person vom Verfassungsschutz abgestellt wird, um hier zu beobachten. Gemäß heutigem Quotenverständnis werden sicher auch Frauen und Moslems dabei sein. Bei den Frauen möchte ich mich entschuldigen, dass ich dieses Schreiben in der rein maskulinen Form gehalten habe. Solches Neudeutsch wie Liebe(r) VerfassungsschützerIn liegt mir nicht. Und sollte der Beobachter islamischen Glaubens sein, bitte ich einfach mal,

den Koran aufzuschlagen und nachzulesen, was da denn alles mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist. Jetzt kann man natürlich anführen, dass auch das Alte Testament an vielen Stellen nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Dabei muss man aber berücksichtigen, dass wohl kein Christ auf die Idee kommen wird, wegen des Glaubens zu morden und sich dabei auf das Alte Testament zu berufen und wenn doch, dann kann man den getrost als geistesgestört bezeichnen. Nichtsdestotrotz würden aber in so einem Fall die Lichterketten der Christen von Flensburg bis an den Bodensee reichen, um zu demonstrieren, dass dies nicht gemäß unserem Glauben ist. Solche Lichterketten, auch kleinere, vermisse ich regelmäßig, wenn mal wieder ein paar U-Bahn-Schläger eine oder ein paar Personen zusammengetreten und dabei Scheiß-Christ oder Scheiß-Deutscher gebrüllt haben.

Egal wie, lieber Herr Murck, ich bin sicher, Sie werden an diesem Blog Ihre Freude haben und sollten Sie jemals was finden, was gegen das Grundgesetz verstößt, zögern Sie nicht und melden Sie das der Administration. Ich bin sicher, das wird dann umgehend entfernt.

Sollten Sie meinen Namen und meine Anschrift wissen wollen, schreiben Sie einfach an info@blue-wonder.org und fragen Sie danach. Ich gebe hiermit der PI-Administration die Erlaubnis, meine Daten, wie Name, Anschrift, E-Mail, an Sie weiterzureichen.

Vielleicht kennen Sie die Geschichte, die man dem dänischen König während der Besatzungszeit durch das unsägliche Nazideutschland, das hier keiner mehr haben will, nachsagt: Als man die Verordnung erließ, dass alle Juden einen Stern tragen müssen, heftete sich der König gleich einen an und so taten das auch die aufrichtigen Dänen. Lasst uns alle aufrichtige Dänen sein.

In diesem Sinne, ein angenehmes Beobachten

Ihr *felixhenn*

EU-Kommissarin will Einwanderung erleichtern



Nachdem Schwedens Integrationsminister Erik Ullenhag vor einigen Tagen einen wirren Gastbeitrag für die Berliner Zeitung verfasst hat (PI berichtete), versucht nun EU-Kommissarin Cecilia Malmström auf europäischer Ebene, Schwedens extreme Einwanderungspolitik den restlichen Mitgliedstaaten aufzudrängen, bisher allerdings ohne großen Erfolg.

(Von Beschwichtiger)

Seit dem Beginn des so genannten Arabischen Frühling, der sich eher zu einem islamischen Winter entwickelt, sind eine halbe Millionen Menschen aus Libyen ausgewandert, von denen etwa 10.000 Asyl in Europa beantragen. Die, die wirklich Hilfe brauchen, schaffen es hingegen nicht einmal in die Nachbarländer. Außerdem sind 25.000 Tunesier nach Europa geflüchtet.

Malmström bringt dabei das Schengen-Abkommen ins Spiel, und somit auf die Freizügigkeit innerhalb des Schengen-Raums. Sie will nun eine gemeinsame Einwanderungspolitik der EU-Länder, mit allem, was dazu gehört. Bei einem Treffen mit

Repräsentanten der Think Tank „Global Challenge“ in Brüssel, sagte sie unter anderem:

„Wir wissen beispielsweise, dass das spanische Pflegesystem zusammenbrechen würde, wenn die Lateinamerikaner, die illegal als Pfleger arbeiten, plötzlich verschwinden würden. Wir haben alle Fakten, das ist nicht das Problem. Es fehlt einfach der politische Wille der Mitgliedsländer.“

Spanien hat eine Arbeitslosigkeit von über 20 Prozent. Aber von der Idee, das fehlende Pflegepersonal mit arbeitslosen Spaniern statt mit illegalen Einwanderern zu besetzen, hält sie offenbar nichts.

(Übersetzung eines Artikels des schwedischen Blogs avpixlat.info und der Zeitung „Svenska Dagbladet“)